

Eigentum verpflichtet

Es war eine Sternstunde für die Bühler Kommunalpolitik. So deutlich wie noch nie hat sich der Gemeinderat zum baulichen Erbe der Stadt bekannt. Die Erhaltungssatzung für die westliche Eisenbahnstraße, die mit großer Mehrheit auf den Weg gebracht wurde, ist die erste in Bühl überhaupt und könnte zu einer Initialzündung werden. SPD-Fraktionschef Oswald Grißtede forderte weitere Satzungen dieser Art, Jan Ernest Rassek, sein Kollege bei der FDP, räumte Fehler im Umgang mit historischer Bausubstanz in der Vergangenheit ein. Das sind völlig neue Töne aus dem Gemeinderat, der dem Abriss von denkmalgeschützten Gebäuden bisher allzu oft bedenkenlos zugestimmt hat. Dieser Lernprozess kann der Baukultur in der Stadt nur gut tun.

Leider macht die CDU-Fraktion bei dieser hoffnungsvollen Initiative nicht mit. Nachdem sie sich im Frühjahr noch zum Erhalt der Villa Lörch bekannt hat, werden nun juristische Bedenken gegen die Erhaltungssatzung

Randnotizen

geltend gemacht. Außerdem wird der Eingriff in das Eigentum der neun betroffenen Hausbesitzer beklagt. Das ist nicht nachvollziehbar. Bereits das Grundgesetz betont, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Um Wildwuchs zu vermeiden, wird Eigentum in Deutschland durch zahlreiche Gesetze und Vorschriften reguliert. Ohne dies wäre eine demokratische Gesellschaft nicht möglich.

Es ist erstaunlich, dass die CDU, die vor einigen Monaten die wenig geprüfte Erweiterung des klassizistischen Rathauses II aus gutem Grund kritisiert hat, nun die älteste Villa in der Eisenbahnstraße den undurchschaubaren Interessen eines eigenwilligen Kunstsammlers opfern will. Dieser plant auf dem rückwärtigen Gelände der Villa auch keineswegs ein öffentliches Museum, wie von der CDU unterstellt.

Es ist ein privates Sammlungsgebäude für rund 360 Kunstwerke, das nur nach persönlicher Einladung für ein Fachpublikum zugänglich ist. Wie das Bauwerk, das sich mühelos mit dem Erhalt der Villa vereinbaren ließe, aussehen soll, weiß in Bühl bis heute niemand. Bekannt ist nur, dass der Investor bereits den Architekten gewechselt hat.

Selbstverständlich steht es der CDU-Fraktion frei, sich vermittelnd an den in der Schweiz lebenden Kunstsammler zu wenden. Sollte damit der Durchbruch gelingen, hätten die Christdemokraten viel für die kulturelle und städtebauliche Entwicklung in Bühl geleistet. Wer bereits Kontakt zum Mäzen hatte, wird den Erfolg dieser Mission aus gutem Grund bezweifeln.

Ulrich Coenen